



Pressemitteilung

„Wir müssen bei den Themen Umwelt, Gesundheit und soziale Lage viel stärker als bisher zusammenarbeiten“

Unter dem Motto „Sozial gerecht: Gesundheit – Umwelt – Klima“ eröffnete heute der Kongress Armut und Gesundheit in Berlin

Berlin, 05.03.2024 | Heute wurde der 29. Public Health-Kongress Armut und Gesundheit an der Freien Universität Berlin eröffnet. Im Verlauf von insgesamt drei Kongresstagen bringen sich mehr als 2.000 Teilnehmende, davon mehr als 500 Referierende, in die Diskussionen rund um gerechte Klima- und Gesundheitschancen ein.

Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach, Schirmherr des diesjährigen Kongresses, eröffnete die Veranstaltung feierlich im Henry-Ford-Bau der FU Berlin. *„Deutschland ist eines der wohlhabendsten Länder der Welt. Trotzdem entscheiden soziale Unterschiede in nicht akzeptabler Weise bei uns noch immer über den Gesundheitszustand der Menschen. Das wollen wir nicht länger hinnehmen. Deshalb schaffen wir niedrigschwellige Gesundheitsangebote in sozialen Brennpunkten, sorgen für eine bessere Krankenhausversorgung durch Transparenz und Spezialisierung für alle und investieren durch ein Herz-Kreislauf-Screening-Gesetz in Prävention, die nicht nur Besserverdienende erreicht. Armut darf kein Nachteil für Gesundheit in Deutschland sein.“*

Dr. Johannes Nießen, Errichtungsbeauftragter des Bundesinstituts für Prävention und Aufklärung in der Medizin (BIPAM) und Kommissarischer Leiter der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), erörterte: *„Maßnahmen zur Klimaanpassung werden für unsere Gesundheit immer wichtiger. Vor allem vulnerable Gruppen müssen erreicht und auf die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels vorbereitet werden. Diese Aufgabe kann nur gelingen, wenn Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft eng zusammenarbeiten – dieser Kongress bietet eine gute Plattform dafür.“*

Ellen Haußdörfer, Staatssekretärin für Gesundheit und Pflege im Land Berlin, ergänzte: *„Dass sich Armut und Gesundheit aufeinander auswirken, ist bekannt. Auch die Verbindung zwischen Gesundheit, Umwelt und sozialer Lage wird seit längerem reflektiert. Es ist folgerichtig, den Klimaaspekt stärker zu adressieren. Das aktuell größte gesundheitliche Risiko stellen Hitzeperioden dar, die allein in Berlin und Brandenburg für bis zu 800 zusätzliche Todesfälle im Jahr verantwortlich sind. Besonders betroffen sind ältere, pflegebedürftige und chronisch kranke, aber auch obdachlose Menschen. Umso wichtiger ist es, für gleiche Chancen zu sorgen.“* Auch Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegener ist Schirmherr des diesjährigen Kongresses.

Auch **Dr. Claudia Röhl**, Leiterin des Fachbereiches „Gesundheitlicher Umweltschutz und Schutz der Ökosysteme“ im Umweltbundesamt (UBA) erläuterte, dass Umweltschutz eng mit sozialen Fragen und denen des Gesundheitsschutzes verknüpft ist. Die vom Umweltbundesamt durchgeführte Deutsche Umweltstudie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (GerES) zeige beispielsweise, dass Kinder und Jugendliche mit einem niedrigen sozio-ökonomischen Status, die in Städten wohnen, oft länger brauchen, um zu Fuß von zu Hause eine öffentliche Grünfläche zu erreichen. Röhl betonte: *„Hier müssen wir handeln. Im Umweltbundesamt arbeiten wir unter dem Stichwort Umweltgerechtigkeit daran, gesunde Umweltverhältnisse für und mit allen Menschen herzustellen – unabhängig von ihrer sozialen Lage. Doch das ist nicht alleine zu schaffen. Wir müssen bei den Themen Umwelt, Gesundheit und soziale Lage noch viel stärker als bisher zusammenarbeiten und ressortübergreifend denken, planen und handeln.“*

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorstandsvorsitzender von Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V. und vom Paritätischen Gesamtverband, ergänzte: *„Armut stellt nach wie vor das größte Gesundheitsrisiko dar. Auch andere gesundheitliche Risiken, wie die Corona-Pandemie oder die Klimakrise zeigen, treffen armutsbetroffene oder armutsgefährdete Menschen überproportional. Mit dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst und dem Präventionsgesetz wurden Grundlagen gelegt, um die sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen zu verringern. Um dieses gesellschaftliche Problem wirksam anzugehen, bedarf es aber einer neuen*

institutionellen und regulativen Struktur mit koordinierter Verantwortung und entsprechender Ausstattung für die Gesundheitssicherung der Bevölkerung. Dazu brauchen wir ein Bundesinstitut für öffentliche Gesundheit."

Der Mitschnitt der Eröffnungsveranstaltung findet sich in Kürze auf unserer [Website](#).

Auf dem Kongress werden verschiedene Schwerpunkte rund um gesundheitliche Ungleichheit, soziale Determinanten von Gesundheit, Umweltgerechtigkeit und Public Health in Deutschland beleuchtet, u. a.: aktuelle Daten zu gesundheitlicher Ungleichheit in Deutschland, Klima und Gesundheit, psychosoziale Gesundheit, Wohnungslosigkeit, ältere Menschen, Pflege, Geflüchtete, Nicht-Versicherte, Frühe Hilfen.

Eine Anmeldung zum Kongress ist weiterhin möglich!

Ausgerichtet wird der seit 1995 stattfindende Kongress von Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V. Mitveranstalter sind die Deutsche Gesellschaft für Public Health (DGPH) e. V., die Berlin School of Public Health (BSPH), die Freie Universität Berlin und das Umweltbundesamt. Zahlreiche Partner*innen unterstützen den Kongress Armut und Gesundheit.

Presseinformationen: www.armut-und-gesundheit.de/presse

Pressekontakt und Akkreditierung: Marion Amler | amler@gesundheitbb.de | Tel. (030) 44 31 90 72
Der Kongress Armut und Gesundheit ist presseöffentlich.

Kongress Armut und Gesundheit – Der Public Health-Kongress in Deutschland

Motto 2024: „Sozial gerecht: Gesundheit – Umwelt – Klima“

Datum und Ort:

- 5./6. März 2024 analog in Präsenz am Henry-Ford-Bau der Freien Universität in Berlin-Dahlem
- 12. März 2024 digital über unsere Konferenzplattform <https://2024.armut-und-gesundheit.de>

Veranstalter: Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V. und zahlreiche Partner*innen

Webseite: www.armut-und-gesundheit.de

X/Twitter: https://twitter.com/Kongress_AuG

Podcast: www.armut-und-gesundheit.de/podcast

Nachfragen: kongress@gesundheitbb.de | Tel. (030) 44 31 90 73